

# ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

NR 106

## Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung in Deutschland: Stärken, Schwächen, Optimierungspotenziale

Justus Haucap

August 2020

## IMPRESSUM

### DICE ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

**Veröffentlicht durch:**

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,  
Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE),  
Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland  
[www.dice.hhu.de](http://www.dice.hhu.de)

**Herausgeber:**

Prof. Dr. Justus Haucap  
Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE)  
Tel +49 (0) 211-81-15125, E-Mail [haucap@dice.hhu.de](mailto:haucap@dice.hhu.de)

Alle Rechte vorbehalten. Düsseldorf 2020.

ISSN 2190-992X (online) / ISBN 978-3-86304-706-1

# Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung in Deutschland: Stärken, Schwächen, Optimierungspotenziale \*

Justus Haucap

August 2020

Abstract:

Die Politikberatung durch Ökonomen stand schon immer in der Kritik. War sie früher einigen Politikern nicht konkret und eindeutig genug, wird heute eher der mangelnde Pluralismus kritisiert. Ökonomen selbst hingegen klagen nicht selten über die mangelnde Akzeptanz ihrer Vorschläge in der Politik, wo die Vorschläge von Ökonomen nicht immer auf fruchtbaren Boden fallen. Ein Grund für diese gefühlte Fruchtlosigkeit mag darin liegen, dass Ökonomen zu wenig über die Anreize und Zwänge der politischen Entscheidungsträger nachdenken – ein Punkt, der insbesondere von Acemoglu und Robinson (2013), aber auch Cassel (2001) und Rürup (2005, 2009) thematisiert worden ist. Will ökonomische Politikberatung erfolgreich sein, sollte über Wirtschaftspolitik nicht losgelöst vom politischen System und seinen Anreizen nachgedacht werden. In Deutschland dominiert jedoch das Modell der Politikberatung (Cassel 2001) bzw. Politikbegutachtung (Rürup 2005) bzw. dem Fokus auf „Policy“ (Acemoglu und Robinson 2013), während Politikerberatung (Cassel 2001) weniger ausgeprägt ist bzw. „Politics“ zu wenig beachtet werden (Acemoglu und Robinson 2013). Eine Ergänzung der Gremien der Politikberatung durch Institutionen der Politikerberatung könnte durchaus sinnvoll sein.

Im Quervergleich der Wissenschaften funktioniert zumindest die Politikberatung im Sinne eines Wissenstransfers in die Öffentlichkeit offenbar gar nicht so schlecht. Ein Großteil der in Medien am meisten rezipierten Wissenschaftler waren, zumindest vor der Corona-Krise, Ökonomen. Gleichwohl konzentriert sich dieser Wissenstransfer auf wenige Ökonomen, die stark rezipiert werden, während der Großteil der Ökonomen gar nicht in wichtigen Medien zu finden ist. Ein Grund für letzteren Befund kann darin liegen, dass für Ökonomen der Druck bzw. die Anreize, in internationalen Fachzeitschriften zu publizieren, stark zugenommen hat. Internationale Fachzeitschriften sind jedoch stark an allgemeinen Befunden interessiert, die nicht landesspezifisch sind. Letzteres dürfte jedoch gerade für die Politikberatung wichtig sein.

Unsere Analyse des Publikationsverhaltens deutschsprachiger Spitzenforscher ergibt, dass sich der Anteil der Forscher aus dem deutschsprachigen Raum in ökonomischen Top-Zeitschriften in den letzten zehn Jahren zwar deutlich erhöht hat und die deutschsprachigen Ökonomen offenbar international wettbewerbsfähiger geworden sind, zugleich aber die Anzahl ihrer Beiträge mit einem Bezug zur D/A/CH-Region nicht nur relativ stark gesunken ist (von 26,2% auf 11,5 %), sondern auch in absoluten Zahlen. Die deutschsprachigen Ökonomen, die in den Top-Journalen publizieren, scheinen sich immer weniger für das Geschehen im Land zu interessieren, zumindest nicht wissenschaftlich.

---

\* Für tatkräftige Unterstützung bei der empirischen Analyse in Abschnitt 4.4 danke ich Nima Moghshbar und Susanne Thorwarth. Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag im Rahmen der Tagung „Zukunftsdiskurse“ am Institut für ökonomische Bildung (IÖB) an der Universität Oldenburg. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung danke ich für ihre anregenden Kommentare. Der Beitrag soll im Tagungsband der Veranstaltung erscheinen.

## 1. Einleitung

Wie gut oder schlecht die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung und somit der Wissenstransfer von den Wirtschaftswissenschaften in die Wirtschaftspolitik hinein funktioniert, ist nicht erst seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und auch nicht nur in Deutschland ein intensiv diskutiertes Thema. Während insbesondere Außenstehende den Einfluss von Ökonomen (vgl. etwa Fourcade, Ollion und Algan 2015) und die (angebliche) Ökonomisierung vieler Lebensbereiche (vgl. z. B. die Beiträge in Graf 2019) kritisch sehen, beklagen nicht wenige Ökonomen schon lange, dass ihr Rat in Politik und Öffentlichkeit nur sehr begrenzt Gehör finde und kaum eine direkte Wirkung entfalte (vgl. z. B. die Belege in Frey 2000; Heß 2007; Plickert 2013; Schneider und Weimann 2016). Schon vor rund 30 Jahren fragten Fernandez und Rodrik (1991, S. 1146), warum Regierungen so oft politische Vorschläge nicht umsetzen, obgleich Ökonomen diese als wohlfahrtserhöhend einstufen: "Why do governments so often fail to adopt policies which economists consider to be efficiency enhancing?"

Während Fratzscher und Wagner (2013, S. 520) die Hoffnungen mancher Ökonomen für übertrieben halten und es schlichtweg als unrealistisch ansehen, „dass die Politik Vorschläge von Volkswirten eins zu eins umsetzt“, gibt es auch schon lange Kritik an der Politikberatungsfähigkeit von Ökonomen. Bekannt ist sicher die Kritik an den wenig eindeutigen Empfehlungen von Ökonomen, die Winston Churchill (zitiert nach Freeman, 2009, S. 23) wie folgt pointiert zusammengefasst haben soll: „If you put two economists in a room, you get two opinions, unless one of them is Lord Keynes, in which case you get three opinions.“ Der amerikanische Präsident Harry S. Truman soll in ähnlicher Weise (wenn auch ironisierend) nach einem einhändigen Ökonomen verlangt haben, da die ihm bekannten Ökonomen immer „on the one hand...on the other hand...“ sagen würden statt ihm eine klare Empfehlung zu geben.

In jüngerer Zeit ist nun jedoch weniger der Mangel an eindeutigen Empfehlungen von Ökonomen in die Kritik geraten. Ganz im Gegenteil: Beklagt wird nun, dass die Ökonomie lange zu einseitig und zu wenig pluralistisch gewesen sei (vgl. z. B. Dürmeier, von Egan-Krieger und Peukert 2006; Peukert, 2013). Jüngst haben Dullien und Horn (2019) die Bedeutung des Pluralismus in der Politikberatung noch einmal betont.

Darüber hinaus wird für die praktische wirtschaftspolitische Beratung der mangelnde Realitätsbezug der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft moniert. Blaug (1997, S. 3) attestierte der Ökonomie als Wissenschaft schon vor über 20 Jahren einen krankhaften Zustand: "Modern economics is sick. Economics has increasingly become an intellectual game played for its own sake and not for its practical consequences for understanding the economic world. Economists have converted the subject into a sort of social mathematics in which analytical rigour is

everything and practical relevance is nothing." Auch prominente Nobelpreisträger wie Ronald Coase und Milton Friedman haben in dasselbe Horn gestoßen und dies wie folgt formuliert: "Existing economics is a theoretical system which floats in the air and which bears little relation to what happens in the real world" (Coase, 1997). "Economics has become increasingly an arcane branch of mathematics rather than dealing with real economic problems" (Friedman, 1999, S. 137). Diese Kritik ist schon vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise noch einmal pointiert von Gregory Mankiw (2007) – mit einem Seitenhieb auf den Bestseller von Levitt und Dubner (2005) – bekräftigt worden: "[M]ore young economists today are doing Levitt-style economics and fewer are studying the classic questions of economic policy. That is disconcerting, to a degree. It could be especially problematic twenty years from now, when President Chelsea Clinton looks for an economist to appoint to head the Federal Reserve, and the only thing she can find in the American Economic Association are experts on game shows and sumo wrestling." Die Reihe der prominenten und weniger prominenten Kritiker dieser Art ließe sich beliebig fortsetzen. Auch ich habe mich dazu kritisch geäußert. Dass immer mehr Ökonomen sich mit Randthemen wie Sumo-Ringen, Fernsehshows und Teenager-Schwangerschaften beschäftigen, halte ich für keine gute Entwicklung. (vgl. auch Haucap 2016).

Auch wenn die Kritik an der mangelnden Nützlichkeit vieler ökonomischer Forschungsbeiträge für die Gesellschaft beileibe nicht neu ist<sup>1</sup> und auch schon im Leitartikel der Inauguralausgabe der *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* der Reformbedarf in der Ökonomik von Frey (2000) thematisiert wurde, so hat die Kritik an der Ökonomie in der Bugwelle der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise noch einmal neuen Schwung erhalten. In ihrer milden Form beinhaltet die Kritik, dass die Volkswirtschaftslehre die Krise nicht vorausgesehen habe. Radikalerer Formen der Kritik sehen in den Empfehlungen der Volkswirtschaftslehre eine – wenn nicht *die* – Ursache der Krise. Beide treffen im Kern die Existenzberechtigung der Volkswirtschaftslehre: Denn im ersten Fall ist sie nutzlos und im zweiten gar schädlich – beides keine schmeichelhaften Einordnungen. Diese Kritik war in unterschiedlicher Form in verschiedenen Ländern beobachtbar, z. B. in Frankreich<sup>2</sup>, Großbritannien (siehe z. B. Besley und Hennessy, 2009; Hodgson et al. 2009) oder den USA (siehe z. B. Economist, 2009a, 2009b; Colander et al., 2009; Krugman, 2009; Lucas, 2009).

---

<sup>1</sup> Für weitere Beiträge dazu siehe beispielhaft: Bonus (1981), Apolte und Wilke (1998), Bizer (2011), Cassel (2001), Franz (2000), Frey (2000), Krupp (2004), Papenfuß und Thomas (2007), Pitlik (2001), Rürup (2005, 2009), Schmidt (2009), Thomas (2009) sowie Wiegard (2011).

<sup>2</sup> Im April 2011 hat eine Gruppe von französischen und Schweizer Universitätsprofessoren einen Aufruf in der Zeitung *Le Temps* vom 06.04.2011 (S. 16) publiziert, in dem die Wirtschaftswissenschaften als dogmatisch und realitätsfern kritisiert werden und sich für mehr Pluralismus der Denkansätze öffnen müssten.

Der Reformbedarf in der Volkswirtschaftslehre wird nach wie vor intensiv diskutiert, auch angestoßen durch den sogenannten Ökonomenstreit (FAZ, 2009; Handelsblatt, 2009; Haucap, 2009). Jüngere Beiträge, die sich kritisch mit der Situation der VWL im deutschsprachigen Raum auseinandersetzen, sind etwa Ehnts und Zeddies (2016) oder Pühringer und Bäumler (2019), welche beide insbesondere (aber nicht nur) die Realitätsferne der Ökonomik kritisieren. Auf internationaler Ebene sind die Beiträge der beiden Nobelpreisträger Akerlof (2020) sowie Heckman und Moktan (2020) besonders erwähnenswert, die auf langjährige Fehlentwicklungen im Fach hinweisen. Akerlof (2020) kritisiert die aus seiner Sicht übermäßige Wertlegung auf methodische Fragen, sodass inhaltliche Fragen so weit in den Hintergrund gerückt seien, dass die Relevanz der Fragestellung zweitrangig geworden sei. In eine etwas andere, aber durchaus verwandte Richtung stoßen Heckman und Moktan (2020) mit ihrer Kritik am übertriebenen Fokus auf Publikationen in den sog. Top-5-Zeitschriften.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Frage aufgeworfen, inwieweit Volkswirte überhaupt in der Lage sind, hilfreiche wirtschaftspolitische Beratung anzubieten. Zur Klärung dieser Frage möchten wir beitragen und zugleich Stärken und Schwächen der ökonomischen Politikberatung in Deutschland thematisieren.

## **2. Politik- und Politikerberatung oder „Policy“ und „Politics“**

Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition dessen, was wissenschaftliche Politikberatung ist und was nicht. In seiner Abschiedsvorlesung hat Bert Rürup (2009) wissenschaftliche Politikberatung definiert als „Transfer wissenschaftlicher Befunde in die politische Praxis, um so von der Regierung, der Opposition, Verbänden oder Unternehmen erkannte Missstände oder Fehlentwicklungen schneller und mit möglichst geringen unerwünschten Nebenwirkungen zu beseitigen oder zu verhindern.“ Rürup unterscheidet ferner dezidiert zwischen der Politikberatung und der Politikbegutachtung. Die Politikbegutachtung wie sie etwa in Deutschland durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) erfolgen soll, beschränke sich auf eine reine Analyse der Auswirkungen politischer Maßnahmen und diene eigentlich einer sachgerechten Information der Öffentlichkeit, nicht aber der dezidierten Beratung politischer Entscheidungsträger. Im Rahmen einer reinen *Begutachtung* dürften nach Rürup keine Empfehlungen ausgesprochen werden. Es geht gewissermaßen allein um Diagnosen, nicht aber um die Empfehlung von Therapiemaßnahmen. Hingegen wende sich die wirtschaftspolitische *Beratung* an ganz konkrete Adressaten in der Politik wie etwa die Regierung, die Opposition oder einzelne Parteien und spreche auch Empfehlungen für oder gegen bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen aus.

Etwas anders unterscheidet Cassel (2001) zwischen Politikberatung und Politikerberatung. Während sich die Politikberatung an die Politik als Ganzes richte, also an Politiker und Ministerien und vor allem an die interessierte Öffentlichkeit, d. h. an Wähler und auch Nicht-Wähler sowie Medien, beziehe sich die Politikerberatung auf bestimmte Politiker oder Organisationen wie etwa Parteien oder einzelne Parlamentsfraktionen. Im Fall der Politikberatung sollten daher die persönlichen Ziele und Ambitionen einzelner Politiker keine Rolle spielen, während im Fall der Politikerberatung letzteres stets berücksichtigt wird. Im Falle der Politikberatung stehe das Interesse der Allgemeinheit bzw. die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt im Vordergrund, im Falle der Politikerberatung das Interesse erneut gewählt zu werden (vgl. auch Cassel 2003). Natürlich sind diese beiden Ziele nicht völlig konträr, aber eben auch nicht völlig deckungsgleich. Ein typischer Fehler der wissenschaftlichen Politikberatung liege darin, die Anreize und Wiederwahlinteressen der politischen Entscheidungsträger zu sehr zu ignorieren. Wissenschaftliche Politikberatung, welche die Diskrepanz zwischen gemeinsamen Bürgerinteressen einerseits und Politikerinteressen andererseits nicht berücksichtige, sei jedoch zum Scheitern verurteilt. Ganz ähnlich argumentiert auch Rürup (2005, 2009), dass Ökonomen oftmals die Notwendigkeit, demokratische Mehrheiten für Politikvorschläge zu bekommen, ignorierten und nicht genug über die Mehrheitsfähigkeit wirtschaftspolitischer Empfehlungen nachdächten.

Sehr verwandt ist dazu die Sichtweise von Acemoglu und Robinson (2013), die zwischen „Politics“ und „Policy“ unterscheiden –eine Differenzierung, die in der deutschen Sprache so kein direktes Äquivalent hat. Mit „Politics“ ist damit der politische Prozess gemeint, der eben die Notwendigkeit beinhaltet, Mehrheiten für Vorschläge zu erhalten, während „Policy“ die sachpolitische Maßnahme oder das Maßnahmenpaket auf der Sachebene ist. Auch Acemoglu und Robinson (2013) betonen, dass ökonomische Empfehlungen sich oft nur auf die „Policy“ beziehen, während sie die „Politics“, den politischen Prozess, vernachlässigen. Konkret argumentieren Acemoglu und Robinson (2013), dass typische Fehler der Politikberatung durch Ökonomen daran bestehen, (1) Verteilungseffekte nicht hinreichend zu würdigen, (2) Anreizkompatibilitäten für Politiker zu ignorieren und (3) die langfristigen Auswirkungen von Verteilungseffekten auf das politische Kräfteverhältnis und das entsprechende Gleichgewicht nicht zu bedenken.

Verteilungseffekte sind dabei nicht nur unter Gerechtigkeitsaspekten bedeutsam, sondern vor allem auch, weil Verteilungseffekte maßgeblich beeinflussen, ob ein Vorschlag mehrheitsfähig ist oder nicht. Anreizkompatibilitäten beziehen sich nicht nur auf die auch von Cassel (2001) thematisierte Annahme, dass Politiker ein Interesse daran haben, wiedergewählt zu werden, sondern auch auf die Nachhaltigkeit politischer Maßnahme. Dahinter steht etwa die Frage: Wie leicht ist es, eine politische Maßnahme im Falle eines Regierungswechsels wieder aufzuheben oder umzukehren? So lassen sich etwa fortlaufende wiederkehrende Zahlungen

an Interessengruppen leicht stoppen, während einmal geleistete Investitionsbeihilfen oder die Etablierung von Strukturen mit eigenen Interessen (wie etwa die Gründung neuer Behörden) schwieriger rückgängig zu machen sind. Der dritte Aspekt ist, dass Umverteilungsmaßnahmen auch zu neuen politische Gleichgewichten führen können und damit die Wahrscheinlichkeit der Wiederwahl langfristig steigern oder senken können – ein Aspekt, den Ökonomen auch regelmäßig ignorieren.

Den Beiträgen von Cassel (2001, 2003), Rürup (2005, 2009) sowie Acemoglu und Robinson (2013) ist somit gemein, dass sie Defizite in der ökonomischen Politikberatung sehen, weil eben viele Ökonomen zu wenig Verständnis für die Anreize der politischen Entscheidungsträger und des politischen Prozesses, der „Politics“, mitbringen. Die Enttäuschung über die mangelnde Umsetzung der ökonomischen Empfehlungen sei so vorprogrammiert.

In der deutschen Landschaft der wirtschaftspolitischen Beratung ist vor allem die Politikberatung – im Unterschied zur Politikerberatung – sehr ausgeprägt, anders als etwa in den USA. Zahlreiche Gremien wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), die Beiräte des Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministeriums und die Monopolkommission werden als Gremien der Politikberatung besetzt, nicht der Politikerberatung. Während die Mitglieder von SVR und Monopolkommission – auch wenn die Amtszeiten nicht an Legislaturperioden geknüpft sind - noch von der Bundesregierung bestellt werden, rekrutieren sich die Mitglieder der Beiräte von Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium selbst, ohne jegliche Mitsprache der Politik. Die Verbundenheit zur aktuellen Regierung ist daher in der Regel äußerst gering und die Interessen der Politiker selbst spielen somit in der Beratung eher eine sekundäre Rolle.

Politikerberatung findet eher in den Ministerien und im Bundeskanzleramt direkt durch eigene Ökonomen statt oder im persönlichen Austausch mit externen Ökonomen des Vertrauens. In der sog. Politiksäule des FAZ-Rankings etwa, welche die Wertschätzung von Politikern gegenüber dem Rat verschiedener Ökonomen reflektiert<sup>3</sup>, finden sich auf den ersten vier Rängen Ökonomen die keinem nennenswerten Gremium der Politikberatung angehören. Erst auf Platz 5 rangiert der aktuelle Vorsitzendes SVR, Lars Feld.

Der amerikanische Council of Economic Advisors (CEA) hingegen, in dem Ökonomen direkt in Vollzeit von ihrer akademischen Tätigkeit befreit werden und – bis Donald Trump Präsident wurde – mit am Kabinetttisch im Weißen Haus saßen, entspricht dem Gedanken der Politikerberatung.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund ist es vielleicht nicht verwunderlich, dass der Einfluss amerikanischer Ökonomen zumindest bis zur Präsidentschaft von Donald Trump

---

<sup>3</sup> Zur Methodik des FAZ-Rankings siehe Haucap und Thomas (2014)

<sup>4</sup> Zu den Unterschieden zwischen SVR und CEA siehe schon Wallich (1968) sowie Papenfuß und Thomas (2007) und Rürup (2009).

größer auf die amerikanische Wirtschaftspolitik zu sein schien als der Einfluss deutscher Ökonomen in Deutschland. Dies dürfte nicht allein daran liegen, dass amerikanische Politiker sich womöglich mehr für die Analysen von Ökonomen interessieren, sondern auch stark damit zusammenhängen, dass dort die Beratung institutionell stärker als echte Politikerberatung organisiert ist, während in Deutschland im Wesentlichen eine Politikberatung der Allgemeinheit bzw. eine Politikbegutachtung im Sinne von Rürup (2005, 2009) stattfindet. Soll die Rolle ökonomischer Beratung in der Wirtschaftspolitik gestärkt werden, so wäre eine Ergänzung der bisherigen Beratungsgremien durch ein echtes Politikerberatungsgremium im Stile des amerikanischen CEA durchaus wünschenswert. Die Mitglieder des SVR standen einer solchen Institution zwar bislang weitgehend skeptisch gegenüber<sup>5</sup>, aber als Wettbewerbsökonom ist bekannt, dass Wettbewerb meist eine positive Wirkung entfaltet, auch auf dem Markt der Ideen.

### **3. Wahrnehmung von Ökonomen in der Öffentlichkeit**

Dass Ökonomen durch aus relevante Erkenntnisse beizutragen haben und die Politikberatung im Sinne einer Beratung der Öffentlichkeit gar nicht so schlecht funktioniert, habe ich mit Tobias Thomas und Gert Wagner in Haucap, Thomas und Wagner (2014, 2015) empirisch belegt. Zumindest vor der Corona-Pandemie waren unter den zehn meistgenannten Wissenschaftlern in 19 deutschen Meinungsführermedien acht Ökonomen und nur zwei Wissenschaftler aus anderen Disziplinen. Zwar dürfte dies aktuell aufgrund der Corona-Pandemie und dem Interesse der Öffentlichkeit an Analysen von Virologen anders sein, jedoch scheinen Ökonomen mit ihren Botschaften in „normalen“ Zeiten durchaus Gehör in der Öffentlichkeit zu finden. Zumindest im Vergleich zu anderen wissenschaftliche Disziplinen scheinen Ökonomen in deutschen Meinungsführermedien also durchzudringen. Erscheinen Wissenschaftler in den analysierten Meinungsführermedien, so waren dies vor Corona in knapp zwei Dritteln (63 %) der Fälle Ökonomen. Lediglich ein gutes Drittel (37 %) entfällt auf Nicht-Ökonomen – vorrangig auf Politikwissenschaftler und Staatsrechtler (siehe Abbildung 1).

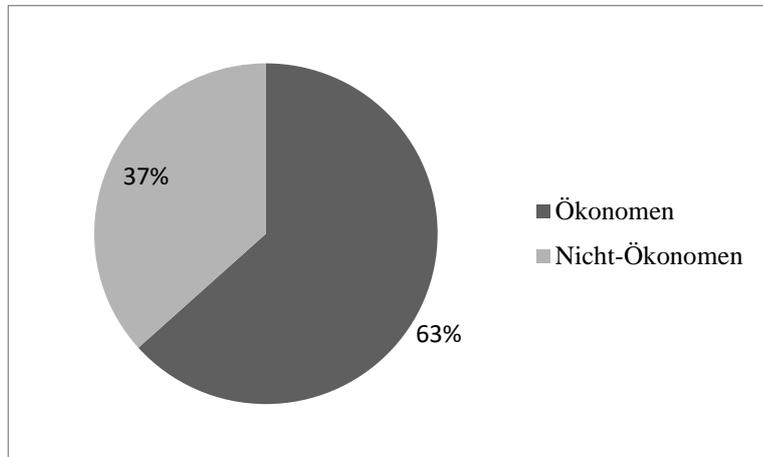
Die Wirkung von Wissenschaftlern im Allgemeinen und von Ökonomen im Speziellen in den Medien sollte insgesamt jedoch auch nicht überschätzt werden. So finden sich unter den zehn am meisten genannten Personen in den Politik- und Wirtschaftsteilen deutscher Meinungsführermedien ausschließlich Politikerinnen und Politiker. Zudem werden zwar *einige* Ökonomen zwar durchaus in der Öffentlichkeit wahrgenommen, doch beschränkt sich dies auf eine sehr überschaubare Gruppe, wie insbesondere die sog. Medien-Säule des FAZ-Rankings belegt. Diese wertet aus, welche Ökonomen wie oft in wichtigen Medien rezipiert werden. Wie

---

<sup>5</sup> Vgl. etwa die Beiträge in Heilemann et al. (2015).

sich in jedem Jahr erneut zeigt, ist dies eine recht überschaubare Zahl von Ökonomen. Der Großteil der Ökonomen hingegen tritt zumindest überregional kaum öffentlich in Erscheinung.

Abb. 1: Anteil von Ökonomen unter Wissenschaftlern in 19 deutschen Meinungsführermedien



Quelle: Haucap, Thomas und Wagner (2015). Zeitraum: 1.8.2013-31.7.2014.

#### 4. Defizite der Ökonomik in Deutschland

Trotz der relativ zu anderen Wissenschaften betrachteten guten Performanz von Ökonomen im Bereich des Wissenstransfers über Medien, sind Defizite in der ökonomischen Forschung in Deutschland auszumachen, die einen Erklärungsbeitrag liefern mögen, warum zwar von einigen Ökonomen viel, von vielen Ökonomen aber öffentlich wenig zu hören ist. Im Kern hat ökonomische Forschung nämlich zwei Adressaten: die wirtschaftswissenschaftliche Forschergemeinschaft selbst sowie die (Wirtschafts-)Politik.<sup>6</sup> Erstere wird üblicherweise durch Fachpublikationen erreicht, letztere direkt über Gutachten und Stellungnahmen und den persönlichen Austausch sowie indirekt über Publikationen, die von politischen Entscheidungsträgern und -vorbereitern gelesen werden (oder über den Umweg der öffentlichen Meinungsbildung durch die Medien<sup>7</sup>). Ökonomen agieren mit ihrer Forschung also im Wesentlichen auf zwei Märkten: Zum einen auf dem Markt für wissenschaftliche Publikationen im engeren Sinne, also den Fachzeitschriften, und zum anderen auf dem bereits angesprochenen Markt für wirtschaftspolitische Beratung.

Die Anreize für Ökonomen, die eine wissenschaftliche Karriere verfolgen, sind u. a. schon von Frey (2000, S. 16 ff.) ausführlich beschrieben worden. Für wirtschaftspolitische Beratung bestehen die Anreize primär in extrinsischen Motivatoren wie einer materiellen Entlohnung sowie immateriellen Formen der Belohnung durch Idealismus oder mittels Ansehen und

<sup>6</sup> Daneben engagieren sich Ökonomen an Hochschulen natürlich auch in der Lehre und der akademischen Selbstverwaltung, dies sind jedoch keine Adressaten für ökonomische Forschung bzw. Publikationstätigkeiten.

<sup>7</sup> Zum letzteren vgl. Schmidt (2009).

Aufmerksamkeit in einer breiteren Öffentlichkeit.<sup>8</sup> Letzteres gilt jedoch nur für die (relativ wenigen) Positionen in Spitzengremien (wie etwa dem Sachverständigenrat) – und damit ist in der Regel auch „lediglich“ nationales Renommee verknüpft. Genereller Erfolgsindikator für Ökonomen sind unter ihresgleichen vor allem Publikationen in hochrangigen Fachzeitschriften, damit der zweite „Absatzkanal“ wirtschaftswissenschaftlicher Forschung.<sup>9</sup> „Publish or perish“ (publiziere oder verschwinde) ist ein geflügelter Ausdruck innerhalb der Profession, der die Bedeutung des wissenschaftlichen Publizierens für eine akademische Karriere prägnant zusammenfasst (vgl. etwa Graber, Launov und Wälde 2008). Das Handelsblatt beschrieb die einhellige Meinung unter deutschsprachigen Ökonomen schon vor zehn Jahren wie folgt: „In den amerikanischen Spitzenjournals zu veröffentlichen ist für die Karriere eines Ökonomen ungemein wichtig. Weltweit hat sich das in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten als dominierendes Kriterium für die Berufung und die Karriere eines Ökonomen in der Wissenschaft herausgebildet“ (Häring 2010).<sup>10</sup> Durch die zunehmende Bedeutung von Impaktfaktoren, Zeitschriften-Rankings und -Ratings sowie sogar Ökonomen-Rankings wie etwa der sog. Handelsblatt-Rangliste (vgl. Gygli et al. 2017, Rendtel 2019) oder dem RePEc-Ranking (vgl. RePEc 2020), welche sich üblicherweise auch stark an der (gewichteten) Anzahl von Publikationen in vor allem internationalen Fachzeitschriften orientieren, ist ein zusätzlicher Motivator und auch Druck für Ökonomen entstanden, in internationalen Fachzeitschriften zu publizieren.<sup>11</sup> Bruno Frey kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass für Nachwuchsökonominnen, „die ernsthaft eine akademische Karriere verfolgen“, sogar ausschließlich Publikationen relevant seien: „Die zeitlichen Möglichkeiten und zu erwerbenden Fähigkeiten müssen vollumfänglich dem Versuch gewidmet werden, in guten Zeitschriften zu veröffentlichen und möglichst häufig zitiert zu werden“ (Frey 2000, S. 17, vgl. auch Wagner 2006, S. 21.).

---

<sup>8</sup> Frey (2000, S. 16) nennt zudem eine gewisse intrinsische Befriedigung durch die Tätigkeit selbst.

<sup>9</sup> Vgl. Klein und Chiang (2004, S. 135): „Academic success depends chiefly on getting published in the good journals.“ Axaroglu und Theoharakis (2003, S. 1403) verweisen außerdem auf Studien, die belegen, dass sich insbesondere Publikationen in den Top-Journalen auch finanziell positiv auswirken.

<sup>10</sup> Einer der führenden deutschsprachigen Ökonomen, Bruno Frey, schildert die Situation so: „Als Ergebnis der Internationalisierung ist ein junger Wirtschaftswissenschaftler oder eine junge Wirtschaftswissenschaftlerin nur auf eine Sache konzentriert und das ist eine Publikation in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift, genauer, in den fünf Besten (...). Denn das alleine bestimmt die akademische Laufbahn. Ohne solche Publikationen lässt sich heute in der Wirtschaftswissenschaft keine Karriere machen. Gespräche unter akademischen Ökonomen drehen sich deshalb heute nicht mehr um Sachprobleme. Wenn ich also beim Verein für Socialpolitik bin, (...) redet [man] nur über ein Thema: Wie komme ich in die Fachzeitschriften rein?“ (zitiert nach Sachverständigenrat 2003, S. 85).

<sup>11</sup> Das Handelsblatt-Ranking verschafft Publikationserfolgen von Ökonomen eine so hohe Sichtbarkeit, dass sich insbesondere zahlreiche Betriebswirte, die weniger Publikationserfolge in internationalen Zeitschriften vorzuweisen haben, zu einem Boykott entschlossen haben (vgl. Berlemann und Haucap, 2015.)

Die Analyse von Frey ist heute 20 Jahre alt, aber immer noch weitgehend zutreffend. Eine wesentliche Veränderung gerade in den letzten fünf bis zehn Jahren ist jedoch die enorm angestiegene Drittmittel-Orientierung der Universitäten, welche wiederum durch veränderte Anreize bei der Mittelvergabe durch die Bundesländer in Deutschland ausgelöst worden ist. Bei der leistungsorientierten Mittelvergabe von Landesmitteln an Universitäten spielen heute die Drittmittel der Hochschulen eine bedeutende Rolle, sodass die Universitäten wiederum bei Berufungen stärker auf die Drittmittelerfolge der Kandidatinnen und Kandidaten achten und diesen Drittmitteldruck auch an die Fakultäten weitergeben. Bei Drittmitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) dürfte die Korrelation mit hochkarätigen Publikationen sehr hoch sein, sodass eine zunehmende Drittmittelorientierung nichts an „Publish or Perish“ ändert. Hingegen wird bei der Forschungsförderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) viel weniger auf Publikationen geachtet, sondern primär auf den Anwendungsbezug und die praktische Verwertbarkeit der Forschung. Viele Ökonomen rümpfen darüber die Nase. Und interessanterweise plädieren nicht selten gerade Ökonomen dafür, dass ein DFG-Euro mehr wert sei als etwa ein Euro an Drittmitteln aus der Industrie. Allerdings ist bei nüchterner Betrachtung keineswegs klar, warum ein Euro aus der Hand des Steuerzahlers (DFG) mehr wert sein soll als ein am Markt (aus der Industrie) freiwillig entrichteter Euro. Die Drittmittelorientierung könnte in jedem Fall eine stärkere Praxisrelevanz der Forschung induzieren, was gerade für die Ökonomie nicht offensichtlich negativ sein muss. Gleichwohl ändern sich eingeübte Riten nur langsam und so sind Publikationen nach wie vor für eine wissenschaftliche Karriere extrem relevant, aber keineswegs nahezu ausschließlich, wie Frey es vor 20 Jahren sah. Insbesondere eine Publikation in den sog. Top-5-Journalen (*American Economic Review*, *Journal of Political Economy*, *Quarterly Journal of Economics*, *Econometrica* und *Review of Economic Studies*) gilt als entscheidender Meilenstein in einer akademischen Karriere. Die Fokussierung auf diese Top-5-Zeitschriften ist bei manchen Ökonomen so extrem, dass sie die Welt der Ökonomen in zwei Lager teilen: diejenigen, die in einem dieser Journale publiziert haben und daher ernst zu nehmen seien und die anderen, die dort nicht publiziert haben und mit denen sich ein Gespräch daher eigentlich auch kaum lohne. Diese Arroganz sowie der übertriebene Fokus auf die Top-5-Zeitschriften gerät jedoch zunehmend in Kritik und ist erst jüngst von Nobelpreisträger James Heckman als „Tyrannei der Top-5“ angeprangert worden (vgl. Heckman und Moktan 2020).

#### **4.1 Wirtschaftspolitische Themen in Top-Journalen**

Im Rahmen des sogenannten Ökonomenstreits in Deutschland aber auch international (u.a. Briefe an die Königin von England, vgl. Besley und Hennessy 2009) wird auch die These vertreten, dass durch die zunehmende Orientierung an Publikationserfolgen Ökonomen an

Hochschulen immer schwächere Anreize haben, sich mit wirtschaftspolitisch wichtigen Themen in einer relevanten Art und Weise auseinanderzusetzen. Der Grund liege darin, dass internationale Spitzenzeitschriften wenig Raum für wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen ließen, insbesondere wenn diese Probleme landesspezifisch seien. Gemäß der von Ellison (2002) entwickelten sog. Q-R-Theorie des wissenschaftlichen Publizierens besteht in internationalen ökonomischen Fachzeitschriften die Tendenz, mehr Gewicht auf die Rigorosität der Methodik (Q) als auf die Relevanz der Fragestellungen (R) zu legen. Grund hierfür sei u. a., dass Rigorosität für Gutachter einfacher und objektiver zu beurteilen sei als Relevanz, gerade wenn internationale Gutachter sich mit landeseigenen Besonderheiten nicht auskennen. Während institutionelles Wissen oftmals landes- und situationsspezifisch ist, sind die Methoden universell einsetzbar. Infolgedessen würden Gutachter in ihren Kommentaren und Revisionsvorschlägen (vgl. Ellison 2002) mehr Gewicht auf methodische als auf inhaltliche Fragen legen. Die zunehmende Internationalisierung würde diese Tendenz befördern, da internationale Gutachter in der Regel weniger über lokal- und regionalspezifische institutionelle Details wissen und daher diese nicht gleichermaßen kritisch würdigen können wie Fragen der Methodik. Für die Beurteilung der Relevanz sei aber gerade das Wissen über lokal- und regionalspezifischen institutionelle Details notwendig.

Die schwindende Relevanz ökonomischer Forschung war, wie schon erwähnt, eine der Hauptsorgen des sogenannten „ordnungspolitischen Flügels“ im Ökonomenstreit, wenn zu viel Gewicht auf die Publizierbarkeit von Forschungsergebnissen gelegt werde (vgl. FAZ 2009). Von der Gegenseite wurde dagegen die Auffassung vertreten, dass auch die Politikberatung von modernen quantitativen Methoden profitieren könne und sich zu angewandten Themen sehr wohl in hochkarätigen Journalen publizieren ließe.<sup>12</sup> Als Beleg wurde dabei angeführt, dass sich die Gewichte in der VWL stark in Richtung Empirie und angewandte Forschung verschoben hätten (vgl. Storbeck 2010). International führende Forscher seien, gerade in den USA, in der Politikberatung aktiv, würden aber zugleich auch auf höchstem Niveau publizieren.

#### **4.2 Zum Verhältnis von wirtschaftspolitisch relevanten Erkenntnissen und in Top-Journalen publizierbarer Spitzenforschung**

Die Frage, ob zwischen „Spitzenforschung“ – gemessen anhand von Publikationen in international führenden ökonomischen Fachzeitschriften<sup>13</sup> – und „Politikberatung“ – dem

---

<sup>12</sup> Vgl. Wortlaut im Gegenaufruf: „Der bei weitem größte Anteil der Arbeiten in internationalen Spitzenjournalen wie der „American Economic Review“, „Econometrica“, dem „Journal of Political Economy“, dem „Quarterly Journal of Economics“ oder der „Review of Economic Studies“ sind angewandter oder empirischer Natur“ (Handelsblatt 2009).

<sup>13</sup> Mit dem Ausdruck „Spitzenforschung“ ist in diesem Beitrag nicht eine objektivierbare Qualität von Forschungsleistungen gemeint (die im Übrigen erheblichen Messproblemen unterliegt), sondern der

Verfassen von Gutachten, Stellungnahmen und anderen Beiträgen, die politische Entscheidungsträger und -vorbereiter *direkt* erreichen sollen – eher ein komplementäres Verhältnis besteht oder ob die beiden Tätigkeiten durch Arbeitsteilung weitgehend voneinander getrennt sind, habe ich mit Michael Mödl in Haucap und Mödl (2013a, 2013b) ausführlich analysiert. Komplementaritäten entstehen sicherlich, weil bestimmte Kenntnisse, Fähigkeiten und Themen sich sowohl für die wirtschaftspolitische Beratung als auch für wissenschaftliche Fachpublikationen verwenden lassen. Zu einem gewissen Grad werden die beiden Tätigkeiten aber auch auf unterschiedlichen Kenntnissen und Fähigkeiten beruhen. Die konkrete wirtschaftspolitische Beratung erfordert etwa Kenntnisse über institutionelle und kulturelle Details sowie ein gewisses Verständnis des (oftmals nationalen oder regionalen) Rechtsrahmens. Diese Detailkenntnisse müssen in abstrahierender Forschung weniger ausgeprägt sein. Gemäß der Theorie komparativer Vorteile kann deshalb auch gefolgert werden, dass eine gewisse Spezialisierung bzw. Arbeitsteilung effizient ist.<sup>14</sup> Das Ausmaß effizienter Arbeitsteilung hängt nun allerdings davon ab, inwieweit Synergien bzw. Komplementaritäten zwischen international publizierbarer Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung bestehen. Je stärker die Komplementaritäten sind, desto stärker sollte die personelle Verzahnung von Beratung und Forschung sein; existieren jedoch wenige Komplementaritäten, ist eine stärkere Arbeitsteilung effizient.

#### **4.3 Internationale Unterschiede bei der Publizierbarkeit wirtschaftspolitischer Themen**

Spillovers für (international publizierbare) Spitzenforschung und wirtschaftspolitische Beratung sollten für Ökonomen im internationalen Vergleich unterschiedlich ausgeprägt sein. Die Ökonomie ist eine Sozialwissenschaft, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen und Probleme sind nicht in jedem Land dieselben.<sup>15</sup> Für internationale Fachzeitschriften sind jedoch relativ allgemeine Themen interessant (z. B. Grundlagenforschung) oder Themen, die aufgrund der Größe eines Marktes ein größeres Fachpublikum ansprechen. Es lässt sich daher argumentieren, dass sich z. B. zu spezifischen amerikanischen wirtschaftspolitischen Problemen aufgrund der Größe des Leser-Marktes relativ leichter in internationalen

---

derzeit innerhalb der ökonomischen Profession anerkannteste Indikator für herausragende Forschungsergebnisse, die Publikation in international hochrangigen Fachzeitschriften. Selbstverständlich kann und sollte auch in der Politikberatung eine Spitzenqualität der Forschung vorherrschen.

<sup>14</sup> Eine Arbeitsteilung könnte u. U. nicht nur effizient, sondern auch notwendig sein, da nicht alle Wirtschaftswissenschaftler „Meister-Ökonomen“ in allen Disziplinen sein können. Vgl. auch Frey (2000, S. 16): „Nur außerordentlich begabte Personen können die unterschiedlichen Tätigkeiten erfolgreich miteinander verbinden.“

<sup>15</sup> Vgl. Haucap (2009) sowie Das et al. (2013, S. 116): “To the extent that optimal economic policy depends on local institutions, culture and geography, country-specific research is important.”

Zeitschriften publizieren lässt als etwa zu spezifisch deutschen, französischen oder dänischen Problemen.<sup>16</sup>

Für US-amerikanische Ökonomen wäre es demnach *relativ* interessanter sich mit den institutionellen Details der Märkte und der Wirtschaftspolitik ihres Heimatlandes auseinanderzusetzen, da sich diese Kenntnisse sowohl in der Politikberatung als auch relativ leichter zur Publikation in Top-Zeitschriften verwenden ließen als für einen Ökonomen, dessen lokal- bzw. regionalspezifische und institutionelle Kenntnisse einen kleineren Markt betreffen.<sup>17</sup> Ökonomen aus dem deutschsprachigen Raum hätten demnach einen Anreiz, sich tendenziell eher ebenfalls mit US-spezifischen oder Themen allgemeiner Natur (z. B. Grundlagenforschung) zu beschäftigen und damit anstelle eines *regionalen*, ein *globales* öffentliches Gut zu erstellen (da publizierte Forschungsergebnisse in der Ökonomie von jedermann genutzt werden können).

Eine Gruppe von Weltbank-Ökonomen hat dazu schon vor geraumer Zeit empirische Indizien geliefert. Das et al. (2013) haben 202 ökonomische Fachzeitschriften der Jahre 1985 bis 2004 ausgewertet: Von 76.046 landesspezifischen empirischen Artikeln basierten 36.649 (48,2%) auf US-Daten (vgl. Das et al. 2013, S. 115).<sup>18</sup> Noch ausgeprägter ist dieser ohnehin stark überrepräsentierte Anteil für fünf ausgewählte Spitzen-Journale:<sup>19</sup> über 77% (2.383 von 3.083 Aufsätzen) behandelten US-spezifische Themen (vgl. Das et al. 2013, S. 225). Für die Autoren zeigt sich die enorme Differenz zwischen den USA und dem Rest der Welt auch in der Tatsache, dass es 6,5% aller US-spezifischen Papiere in diese Top5-Journale schafften; von den ohnehin viel wenigeren Studien über andere Länder dagegen nur 1,8% (vgl. Das et al. 2013, S. 225). Als Erklärung lassen die Forscher nicht eine angeblich bessere Datenbasis gelten: „Once we move outside the US, there is no difference in the likelihood of publication across the different regions – papers from the UK and other OECD countries (some of which

---

<sup>16</sup> Neben dem mangelnden Interesse einer internationalen Leserschaft könnte auch ein Grund sein, dass Aussagen über lokale oder regionale institutionelle Details von internationalen Gutachtern führender Zeitschriften nicht bzw. weniger beurteilt werden können. Das Ergebnis wäre das Gleiche: geringere Überlappung von Kenntnissen, die für Politikberatung benötigt würden und in Spitzenjournalen publizierbar wären.

<sup>17</sup> Auch die Europäische Union ist kein Gegengewicht, da sie in wirtschaftspolitischen Detailfragen zu heterogen ist, (insbesondere gibt es - abgesehen von der Geld-, Handels- und Wettbewerbspolitik – (noch) keine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik).

<sup>18</sup> Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Fragestellungen und Erkenntnisse dieser Arbeiten nicht auch für andere Länder relevant sein können. Direkt relevant werden sie jedoch ganz sicher für die USA sein, während ihre Relevanz für andere Staaten gegeben sein kann oder auch nicht.

<sup>19</sup> Das et al. (2013) wählten die bereits erwähnten Top-5, also *American Economic Review*, *Econometrica*, *Journal of Political Economy*, *Quarterly Journal of Economics* und *Review of Economic Studies*.

are incredibly data rich) have just as low a likelihood of publication in the top-5 as papers from Sub-Saharan Africa or East Asia and the Pacific” (Das et al. 2013, S. 225 f.).<sup>20</sup>

#### 4.4 Empirische Analyse

Für die Frage, ob Politikberatung und Spitzenforschung bei deutschen Ökonomen eher in einem substitutiven oder komplementären Verhältnis stehen, haben wir in Mödl und Haucap (2013a) Daten über das Publikationsverhalten deutschsprachiger Ökonomen in führenden ökonomischen Fachzeitschriften erhoben. Diese in Haucap und Mödl (2013a) bereits berichtete Analyse habe ich nun nochmals – zehn Jahre später – durchgeführt und somit aktualisiert. Die gewichtete Anzahl von Publikationen in Forschungszeitschriften gilt wie erwähnt als am weitesten verbreiteter und anerkanntester Gradmesser für die Forschungsstärke eines Ökonomen.<sup>21</sup> Ziel war es herauszufinden, (a) welchen Anteil Forschungsartikel von Ökonomen, die an deutschsprachigen Institutionen forschen, in den Top-Journalen haben, und (b), ob diese Publikationen einen besonderen Bezug zum deutschsprachigen Raum aufweisen. Anders ausgedrückt ist die Frage: Erstellen deutschsprachige Ökonomen ein *regionales* oder ein *globales* öffentliches Gut (das vermutlich genauso gut anderswo auf der Welt hätte produziert werden können).

Um Licht auf diese Fragen zu werfen, wurde eine Inhaltsanalyse über einen Publikationszeitraum von jeweils fünf Jahren, einmal von 2005-2009 (Haucap und Mödl 2013a) und nun von 2015-2019, in fünf hochkarätigen „General-Interest“ Journalen durchgeführt, namentlich der *American Economic Review (AER)*, dem *Journal of Political Economy (JPE)*, dem *Quarterly Journal of Economics (QJE)*, dem *Economic Journal (Econ J)* und dem *Journal*

---

<sup>20</sup> Das heißt selbstredend nicht, dass eine Publikation mit nicht-amerikanischen Datensätzen in amerikanischen Zeitschriften nicht möglich wäre. Es könnte z. B. auch sein, dass amerikanische Autoren, die üblicherweise eben mit amerikanischen Daten arbeiten, schlichtweg besser sind als die ausländische Konkurrenz. Das et al. versuchen zwar einen Qualitätseffekt zu berücksichtigen, es ist aber zweifelhaft ob der von ihnen gewählte Schätzung mit fixen Effekten dafür geeignet ist. Festzuhalten ist jedoch, dass faktisch weniger mit nicht-amerikanischen Daten in den Top-Journalen publiziert wird.

<sup>21</sup> Zwar gibt es Anzeichen, dass die Bedeutung und Marktmacht von Top-Journalen durch den technologischen Fortschritt abnehmen könnte. Die traditionellen Aufgaben von Fachzeitschriften bestehen (1) in der Informationsverbreitung und (2) in der Vergabe eines Qualitäts- bzw. Gütesiegels für Forschung (Signalfunktion). Ellison (2011) argumentiert, dass die Funktion der Informationsverbreitung heutzutage vom Internet (z. B. in Form von Working Papers) übernommen wird, sodass den Journalen primär die Signalfunktion bleibt. Jedoch wird auch diese laut Ellison (2011) weniger wichtig, weil das Gütesiegel durch andere ersetzt wird, wie z. B. die Zugehörigkeit zu einer Top-Fakultät wie Harvard, MIT, etc. Die Aufnahmen in die Harvard Working Paper Series ist somit oftmals ein bedeutenderes Qualitätssignal als der ultimative Publikationsort. Zugleich beobachtet Ellison (2011), dass sich mehr und mehr Ökonomen aus dem Peer-Review-System zurückziehen, was wiederum die Signalfunktion von Zeitschriften abwertet. Ein wichtigeres Qualitätsmerkmal als der Ort der Publikation könnte in Zukunft auch die Anzahl individueller Zitationen spielen. Der technologische Fortschritt vereinfacht hier das Zählen (z. B. über Datenbanken wie SCOPUS oder ISI). Doch auch bei diesem Verfahren gäbe es weiterhin gravierende Messprobleme, einige davon listen Ritzberger (2008, S. 404 f.) und Lubrano et al. (2003, S. 1368).

of the *European Economic Association (JEEA)*.<sup>22</sup> Als Quelle diente damals die Datenbank EconLit via EBSCO Host (<http://search.ebscohost.com/>) und es wurden insgesamt 2110 Forschungsartikel für den Zeitraum von 2005 bis 2009 ausgewertet. Bei der jetzigen Aktualisierung habe ich auf die Datenbank Scopus zurückgegriffen, die damals noch nicht existierte, und insgesamt 2221 Aufsätze aus dem Zeitraum von 2015 bis 2019 analysiert. Zudem ist folgendes zur Analyse anzumerken:

(1) In die Untersuchungen wurden nur Forschungsartikel einbezogen. Kommentare, Buchbesprechungen, Ökonomenportraits, etc. waren nicht Gegenstand der Analyse.

(2) Zielobjekte der Inhaltsanalyse waren Beiträge von Forschern (unabhängig welcher Nationalität), die zum Zeitpunkt der Publikation einer „deutschsprachigen Institution“ angehörig waren<sup>23</sup>

(a) Als „deutschsprachige Institution“ gilt in der Untersuchung:

- Die Institution ist in Deutschland, Österreich oder Schweiz ansässig (wobei auch Landesteile der Schweiz einbezogen wurden, in denen Deutsch nicht erste Sprache ist, wie etwa Lausanne und Genf).
- Es handelt sich *nicht* um eine Institution, die nur „zufällig“ ihren Sitz in einem dieser Länder hat. Beispielhaft ist die Europäische Zentralbank zu nennen: Es ist davon auszugehen, dass die Forschungsthemen die gleichen wären, wenn die EZB ihren Sitz nicht in Deutschland hätte.
- Es handelt sich nicht um bloße Netzwerke bzw. Plattformen (z. B. IZA Bonn, CESifo), sondern die Forscher sind wirklich im deutschsprachigen Raum beheimatet.

In die Untersuchung einbezogen wurden somit insbesondere Ökonomen an Hochschulen und Forschungsinstituten (z.B. DIW, ifo-Institut, IAB).

---

<sup>22</sup> Die Auswahl der Zeitschriften erfolgte anhand der expertenbefragungsbasierten Zeitschriftenranglisten von Bräuninger und Haucap (2001), Bräuninger, Haucap und Muck (2011) und Axarloglu und Theoharakis (2003), unter Validierung mit Hilfe des zitationsbasierten Rankings von Kalaitzidakis, Mamuneas und Stengos (2003). Kriterien waren dabei, dass es sich um sogenannte „General Interest Journals“ handeln sollte, die sich an Ökonomen aller Fachgebiete gleichermaßen wenden, und in denen theoretische und angewandte Forschung gleichberechtigt publiziert wird. Mit dem *Economic Journal* und dem *Journal of the European Economic Association* wurden bewusst zwei nach den genannten Ranglisten führende europäische Journale in die Untersuchung einbezogen, um feststellen zu können, ob eine mögliche Diskriminierung regionalspezifischer Inhalte in allen Top-Journalen oder nur durch US-basierte Zeitschriften vorliegt

<sup>23</sup> Deutsche (bzw. österreichische/Schweizer) Forscher, die zwar mit deutschen Daten publiziert haben, aber zum Zeitpunkt der Publikation an einer Institution außerhalb Deutschlands/Österreichs/der Schweiz angestellt waren, wurden nicht einbezogen. Beispiel: Alesina, Alberto & Fuchs-Schuendeln, Nicola (2008 noch Harvard University), „The Effect of Communism on People’s Preferences“, *American Economic Review* 97, S. 1507-1528.

(b) Sind die betrachteten Artikel in Co-Autorenschaft verfasst worden, so genügte es, wenn mindestens einer der Autoren einer deutschsprachigen Institution angehörig war.

(3) Als objektives Kriterium, was als „besonderer Bezug zum deutschsprachigen Raum“ (im Folgenden vereinfacht „deutschlandspezifisch“) gelten sollte, wurde festgelegt:

- Die Begriffe „Austria“/„Austrian“, „German“/„Germany“, „Swiss/Switzerland“ kommen im Artikel vor, und dabei nicht bloß im Zusammenhang mit der Zitation einer anderen Studie.<sup>24</sup>
- Es handelt sich nicht um die Beschreibung eines Labor-Experiments, mit dem allgemeines Verhalten erforscht werden soll. Solche Labor-Experimente könnten ebenso gut in anderen Ländern durchgeführt werden.

Diese Kriterien hielten einer stichprobenartigen qualitativen Einzelfallbeurteilung stand.

Exakt diese Analyse wurde nunmehr für die Jahre 2015-2019 für dieselben fünf Zeitschriften wiederholt.

Die Tabellen 1 und 2 zeigen die Ergebnisse der Zeitschriftenauswertung. Von insgesamt 2110 [2221] veröffentlichten Artikeln in den Jahren 2005-2009 [2015-2019] sind 141 [234] Beiträge, oder 6,7 [10,5] Prozent, von (Co-)Autoren, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung an einer Institution im deutschsprachigen Raum angestellt waren. In den drei internationalen Top-Zeitschriften stellen Forscher von deutschsprachigen Institutionen weniger als 5 Prozent der Beiträge. Bei den beiden untersuchten europäischen Zeitschriften liegt Anteil mit 11,9 bzw. 10,0 Prozent erwartungsgemäß höher.

im Zeitraum von 2005 bis 2009 hatten von den 141 Beiträgen (Spalte 3) immerhin 37 (Spalte 5) und somit mehr als ein Viertel einen spezifischen Bezug zu Deutschland (D), Österreich (A) oder der Schweiz (CH). Vereinfacht ausgedrückt bedeutet das aber auch, dass knapp drei Viertel aller Aufsätze aus dem deutschsprachigen Raum in den Top-Zeitschriften keine *direkte* Relevanz für *spezifische* Probleme der Wirtschaftspolitik im deutschsprachigen Raum haben, sondern allgemeiner Natur sind. In den drei international führenden amerikanischen Journalen sind es sogar 80% (der hohe Anteil deutschlandspezifischer Forschung im *JPE* lässt sich nur durch die geringe Anzahl von gerade einmal zwei Beiträgen deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler erklären). Hier schlägt vor allem der relativ niedrige Anteil D/A/CH-spezifischer Artikel im überproportional stark vertretenen *AER* zu Buche, jedoch selbst in den

---

<sup>24</sup> Die Untersuchung umfasste zunächst auch die Begriffe „Europe“/„European“, da geplant war, auch einen spezifischen Bezug zu Europa gelten zu lassen. Dies traf aber nur auf 5 der 2110 untersuchten Artikel zu, so dass es im Sinne der Spezifität zweckmäßiger war, die Analyse auf den deutschsprachigen Raum einzugrenzen.

beiden europäischen Top-Journalen handelt nicht einmal jeder dritte Artikel von landesspezifischen Themen.

**Tabelle 1: Ergebnisse der Journalanalyse (2005-2009)**

1	2	3	4	5	6
Journal	Artikel gesamt	von Institution aus D/A/CH	Anteil 3 von 2	davon Bezug zu D/A/CH	Anteil 5 von 3
AER	947	44	4,6%	7	15,0%
JPE	175	2	1,1%	1	50,0%
QJE	212	9	4,2%	3	23,3%
Econ J	446	53	11,9%	18	34,0%
JEEA	330	33	10,0%	8	24,2%
<b>Σ</b>	<b>2110</b>	<b>141</b>	<b>6,7%</b>	<b>37</b>	<b>26,2%</b>
Σ(AER,JPE,QJE)	1334	55	4,1%	11	20,0%
Σ(Econ J, JEEA)	776	86	11,1%	26	30,2%

**Tabelle 2: Ergebnisse der Journalanalyse (2015-2019)**

1	2	3	4	5	6
Journal	Artikel gesamt	von Institution aus D/A/CH	Anteil 3 von 2	davon Bezug zu D/A/CH	Anteil 5 von 3
AER	987	66	6,7%	6	9,1%
JPE	291	16	5,5%	3	18,8%
QJE	193	12	6,2%	2	16,7%
Econ J	537	81	15,1%	8	9,9%
JEEA	213	59	27,7%	8	13,6%
<b>Σ</b>	<b>2221</b>	<b>234</b>	<b>10,5%</b>	<b>27</b>	<b>11,5%</b>
Σ(AER,JPE,QJE)	1471	94	6,4%	11	11,7%
Σ(Econ J, JEEA)	750	140	18,7%	16	11,5%

Betrachten wir dieselbe Analyse für den Zeitraum von 2015 bis 2019, so fallen schnell drei Dinge auf. Erstens hat sich der Anteil der Forscher aus dem deutschsprachigen Raum von 6,7% auf 10,5 % deutlich erhöht. Sowohl in den drei amerikanischen Top-Zeitschriften AER, JPE und QJE ist der Anteil von 4,1% auf 6,4% gestiegen als auch in den beiden europäischen Fachzeitschriften Econ J und JEEA von 11,1 % auf 18,7 %. Die deutschsprachigen Ökonomen scheinen daher in den letzten zehn Jahren international wettbewerbsfähiger geworden zu sein. Zweitens fällt jedoch auf, dass die Anzahl an Beiträgen mit einem Bezug zur D/A/CH-Region nicht nur relativ gesunken ist (von 26,2% auf 11,5 %), sondern sogar in absoluten Zahlen von 37 auf 27. Die deutschsprachigen Ökonomen, die in den Top-Journalen publizieren, scheinen sich immer weniger für das Geschehen im Land zu interessieren, zumindest nicht

wissenschaftlich. Und drittens fällt auf, dass die Diskrepanz zwischen den amerikanischen und europäischen Top-Zeitschriften dahingehend zu verschwinden scheint, dass heute (2015-2019) in den europäischen Top-Journalen kein höherer Anteil an D/A/CH-bezogenen Aufsätzen mehr zu finden ist, anders als noch vor zehn Jahren. Die ökonomische Spitzenforschung scheint sich somit immer stärker von den lokalen wirtschaftspolitischen Problemen zu entfernen und sich eher globalen oder grundsätzlichen Themen zuzuwenden. Aus ökonomischer Sicht stellt sich somit die Frage, ob nicht zu viele globale öffentliche Güter in der deutschsprachigen Ökonomenszene produziert werden und zu wenig lokale öffentliche Güter.

Bei den Ergebnissen gilt es zu bedenken, dass nur sog. General-Interest-Journals in die Untersuchung einbezogen wurden. Hätten wir auch führende Journals mit theoretischem Fokus wie *Econometrica* hinzugezogen, wäre der Anteil D/A/CH-spezifischer Fragestellungen sicherlich noch geringer.

Diese Daten offenbaren eine gewisse Arbeitsteilung zwischen Spitzenforschung und Politikberatung unter Ökonomeprofessoren in Deutschland. Ob es sich dabei um unterschiedliche Spezialisierungen handelt, die auf unterschiedlichen Talente basiert oder ob 24 Stunden am Tag einfach nicht ausreichen, parallel Spitzenforschung zu betreiben und sich in der Politikberatung zu engagieren, lässt sich zu einem gewissen Grad auch daran ablesen, ob Ökonomen, die früher Spitzenforschung betrieben haben, nun Politikberatung machen oder, was ggf. weniger wahrscheinlich ist, ehemalige Politikberater nun Spitzenforschung betreiben.

Um dies herauszufinden, haben wir uns in Haucap und Mödl (2013a) angesehen, ob Ökonomen, die (a) unter aktueller Forschungsleistung und (b) mit ihrem Lebenswerk in den Handelsblatt-Rankings gelistet werden, auch in der wirtschaftspolitischen Beratung tätig waren. Die Zahlen belegen, dass über 94 % der Professoren, die in den Jahren 2005 bis 2009 ein Gutachten oder eine Stellungnahme verfasst haben, in diesem Zeitraum keine so starken Publikationsleistungen erbracht haben, die sie zeitgleich unter die 100 forschungstärksten Ökonomen gebracht hätte. Die übrigen 6% rangieren dazu erst im hintersten Quartil des Rankings. Wenn wir von einer Zahl von etwa aktiven 1200 VWL-Professoren im deutschsprachigen Raum ausgehen,<sup>25</sup> ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein x-beliebig, zufällig gezogener Professor ein Gutachten, eine Stellungnahme oder einen Aufsatz im Wirtschaftsdienst verfasst hat, nicht höher als dass ein forschungstarker Professor aus einem der Handelsblatt-Rankings dies getan hat. Für eine Komplementarität zwischen Politikberatung und Spitzenforschung im Sinne der Handelsblatt-Rankings spricht dies also nicht.

---

<sup>25</sup> Diese Zahl nannte der *Verein für Socialpolitik* zu der Zeit.

Entgegen der manchmal vorgebrachten Vorstellung einer intertemporalen Arbeitsteilung, bei der Volkswirte am Anfang ihrer Karriere publizieren und sich später der Politikberatung widmen,<sup>26</sup> deuten unsere Auswertungen auch eher auf eine personelle Arbeitsteilung über den gesamten Schaffenszeitraum hin: Knapp 80% der Professoren, die im Betrachtungszeitraum in der direkten Politikberatung engagiert haben, gehörten nicht zu den 250 forschungstärksten deutschsprachigen Ökonomen gemessen anhand des Publikationsoutputs über das gesamte Lebenswerk. Wie schon im Fall des Top-100-Rankings über die aktuelle Forschungsleistung, ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein zufällig gezogener VWL-Professor im Top-250-Lebenswerk-Ranking auftaucht nicht höher, als dass ein zufällig gezogener Professor aus dem Kreise der Politikberater dort gelistet ist. Da im Lebenswerk-Ranking (naturgemäß) vor allem ältere Ökonomen zu finden sind, die schon eine gewisse Publikationskarriere hinter sich haben, wäre hier zu vermuten gewesen, dass sich dort überdurchschnittlich viele Politikberater befinden, sollte die Lebenszyklus-Hypothese zutreffen. Die Vermutung lässt sich jedoch nicht erhärten. Die von uns in Haucap und Mödl (2013a) ausgewerteten Daten können somit keine Belege für eine Komplementarität zwischen Politikberatung und Spitzenforschung in Deutschland liefern.

Die Indizien, dass die Märkte für Politikberatung und Spitzenforschung durch Arbeitsteilung weitgehend voneinander getrennt sein könnten, erhärten sich, wenn man vergleicht, welche Ökonomen in Spitzenjournalen und welche in wirtschaftspolitisch relevanten Fachzeitschriften publizieren. Werden die Artikel im *Wirtschaftsdienst* von Professoren geschrieben, die auch in den renommiertesten Forschungszeitschriften veröffentlichen und daher im Ökonomen-Ranking vorne liegen? Auch haben wir in Haucap und Mödl (2013a) nur eine sehr kleine Schnittmenge gefunden, was ebenfalls eher für eine Arbeitsteilung spricht

## 5. Fazit

Die Politikberatung durch Ökonomen stand schon immer in der Kritik. War sie früher einigen Politikern nicht konkret und eindeutig genug, wird heute eher der mangelnde Pluralismus kritisiert. Ökonomen selbst hingegen klagen nicht selten über die mangelnde Akzeptanz ihrer Vorschläge in der Politik, wo die Vorschläge von Ökonomen nicht immer auf fruchtbaren Boden fallen. Ein Grund für diese gefühlte Fruchtlosigkeit mag darin liegen, dass Ökonomen zu wenig über die Anreize und Zwänge der politischen Entscheidungsträger nachdenken – ein Punkt, der insbesondere von Acemoglu und Robinson (2013), aber auch Cassel (2001) und Rürup

---

<sup>26</sup> Wolfgang Franz, Bruno Frey und Hans-Jürgen Krupp erteilen dieser Vorstellung ohnehin eine Absage. Die wichtige Aufgabe der Politikberatung müsse stets von den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen profitieren können und dürfe nicht von Wissenschaftlern übernommen werden, die den Zenit ihres Schaffens bereits überschritten haben. Zudem müssten sie sich ein komplett neues Feld arbeiten (vgl. Krupp 2004, S. 88).

(2005, 2009) thematisiert worden ist. Will ökonomische Politikberatung erfolgreich sein, sollte über Wirtschaftspolitik nicht losgelöst vom politischen System und seinen Anreizen nachgedacht werden. In Deutschland dominiert jedoch das Modell der Politikberatung (Cassel 2001) bzw. Politikbegutachtung (Rürup 2005) bzw. dem Fokus auf „Policy“ (Acemoglu und Robinson 2013), während Politikerberatung (Cassel 2001) weniger ausgeprägt ist bzw. „Politics“ zu wenig beachtet werden (Acemoglu und Robinson 2013). Eine Ergänzung der Gremien der Politikberatung durch Institutionen der Politikerberatung könnte durchaus sinnvoll sein.

Im Quervergleich der Wissenschaften funktioniert zumindest die Politikberatung im Sinne eines Wissenstransfers in die Öffentlichkeit offenbar gar nicht so schlecht. Ein Großteil der in Medien am meisten rezipierten Wissenschaftler waren, zumindest vor der Corona-Krise, Ökonomen. Gleichwohl konzentriert sich dieser Wissenstransfer auf wenige Ökonomen, die stark rezipiert werden, während der Großteil der Ökonomen gar nicht in wichtigen Medien zu finden ist.

Ein Grund für letzteren Befund kann darin liegen, dass für Ökonomen der Druck bzw. die Anreize, in internationalen Fachzeitschriften zu publizieren, stark zugenommen hat. Internationale Fachzeitschriften sind jedoch stark an allgemeinen Befunden interessiert, die nicht landesspezifisch sind. Letzteres dürfte jedoch gerade für die Politikberatung wichtig sein.

Unsere Analyse des Publikationsverhaltens deutschsprachiger Spitzenforscher ergibt, dass sich der Anteil der Forscher aus dem deutschsprachigen Raum in ökonomischen Top-Zeitschriften in den letzten zehn Jahren zwar deutlich erhöht hat und die deutschsprachigen Ökonomen offenbar international wettbewerbsfähiger geworden sind, zugleich aber die Anzahl ihrer Beiträge mit einem Bezug zur D/A/CH-Region nicht nur relativ stark gesunken ist (von 26,2% auf 11,5 %), sondern auch in absoluten Zahlen. Die deutschsprachigen Ökonomen, die in den Top-Journalen publizieren, scheinen sich immer weniger für das Geschehen im Land zu interessieren, zumindest nicht wissenschaftlich.

Zudem fällt auf, dass die Diskrepanz zwischen amerikanischen und europäischen Top-Zeitschriften dahingehend zu verschwinden scheint, dass heute (2015-2019) in den europäischen Top-Journalen kein höherer Anteil an D/A/CH-bezogenen Aufsätzen mehr zu finden ist, anders als noch vor zehn Jahren. Die ökonomische Spitzenforschung scheint sich somit immer stärker von den lokalen wirtschaftspolitischen Problemen zu entfernen und sich eher globalen oder grundsätzlichen Themen zuzuwenden. Aus ökonomischer Sicht stellt sich somit die Frage, ob nicht zu viele globale öffentliche Güter in der deutschsprachigen Ökonomenszene produziert werden und zu wenig lokale öffentliche Güter.

Aufgrund der Befunde ist zu vermuten, dass die Arbeitsteilung zwischen Ökonomen in der Spitzenforschung und Ökonomen in der Politikberatung, welche wir bereits in Haucap und

Mödl (2013a, 2013b) feststellen konnten, tendenziell eher noch weiter zunehmen dürfte. Gleichwohl könnten politikberatende Aktivitäten an Hochschulen an Gewicht gewinnen. Die nicht selten kritisierte, zunehmende Drittmittelorientierung an Hochschulen kann dazu führen, dass auch Ökonomen, die weniger in der Spitzenforschung aktiv sind als in der Politikberatung, gute Berufungs- und Karrierechancen haben, sofern für die Vergabe der Drittmittel nicht allein die hochkarätige Publizierbarkeit eine Rolle spielt, sondern auch die gesellschaftliche Relevanz der Forschung, wie dies etwa bei den Fördermaßnahmen des BMBF regelmäßig der Fall ist.

## Literaturverzeichnis

- Acemoglu, Daron & Robinson, James A. (2013), "Economics versus Politics: Pitfalls of Policy Advice?", *Journal of Economic Perspectives* 27 (2), S. 173-192.
- Akerlof, George A. (2020), "Sins of Omission and the Practice of Economics", *Journal of Economic Literature* 58, S. 405-418.
- Axarloglu, Kostas & Theoharakis, Vasilis (2003), „Diversity in Economics: An Analysis of Journal Quality Perceptions“, *Journal of the European Economic Association* 1, S. 1402-1423.
- Berlemann, Michael & Haucap, Justus (2015), „Which Factors Drive the Decision to Opt out of Research Rankings? An Empirical Study of Academic Resistance to Change“, *Research Policy* 44, S. 1108-1115.
- Besley, Tim & Hennessy, Peter (2009), Letter to the Queen, vom 22.07.2009, online unter: <http://www.imperial.ac.uk/~bin06/M3A22/queen-lse.pdf>
- Bizer, Kilian (2011), „Ansatzpunkte zur Verbesserung der wissenschaftlichen Politikberatung“, in: M. Kraul & P.T. Stoll (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politikberatung*, Wallstein Verlag: Göttingen, S. 115-132.
- Blaug, Marc (1997), „Ugly Currents in Modern Economics“, *Policy Options*, September 1997, S. 3-8.
- Bonus, Holger (1982), „Information und Emotion in der Politikberatung – Zur politischen Umsetzung eines wirtschaftstheoretischen Konzepts“, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 138, S. 1-21.
- Bräuninger, Michael & Haucap, Justus (2001), „Was Ökonomen lesen und schätzen: Ergebnisse einer Umfrage“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, S. 185-210.
- Bräuninger, Michael; Haucap, Justus & Muck, Johannes (2011), „Was lesen und schätzen deutschsprachige Ökonomen heute?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 12, S. 339-371.
- Cassel, Susanne (2001), *Politikberatung und Politikerberatung. Eine institutionenökonomische Analyse der wissenschaftlichen Beratung der Wirtschaftspolitik*. Haupt Verlag: Bern u.a.
- Cassel, Susanne (2003), Erfolgsbedingungen wissenschaftlicher Politikberatung am Beispiel des Gesundheitswesens, *Gesundheit und Gesellschaft / Wissenschaft (GGW)*, 4/2004, S. 7-14.
- Coase, Ronald H. (1997), "Interview with Ronald Coase", 17 September 1997, online unter: <http://www.coase.org/coaseinterview.htm>.
- Colander, David; Goldberg, Michael; Haas, Armin; Juselius, Katarina; Kirman, Alan; Lux, Thomas & Sloth, Brigitte (2009), „The Financial Crisis and the Systemic Failure of the Economics Profession“, *Critical Review* 21(2), S. 249-267.
- Das, Jishnu; Do, Quy-Toan; Shaines, Karen & Srinivasan, Sowmya (2013): „U.S. and Them: The Geography of Academic Research“, *Journal of Development Economics* 105, S. 112-130-.
- Dow, Sheila C.; Earl, Peter E.; Foster, John; Harcourt, Geoffrey C.; Hodgson, Geoffrey M.; Metcalfe, J. Stanley; Ormerod, Paul; Rosewell, Bridget; Sawyer, Malcolm C. & Tylecote, Andrew (2009), "The GFC and University Economics Education: An Open Letter to the Queen", *Journal of Australian Political Economy* 64, S. 233-235.

- Dullien, Sebastian & Horn, Gustav A. (2019), Im Diskurs bestehen: Über den notwendigen Pluralismus in der ökonomischen Politikberatung, *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik* 44, S. 901-917.
- Dürmeier, Thomas, von Egan-Kruger, Tanja & Peukert, Helge (2006), *Die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaft: Postautistische Ökonomik für eine pluralistische Wirtschaftslehre*, Metropolis Verlag: Marburg.
- Ehnts, Dirk & Zeddies, Lino (2016), „Die Krise der VWL und die Vision einer Pluralen Ökonomik“, *Wirtschaftsdienst* 96, S. 769-775
- Ellison, Glenn (2002), „Evolving Standards for Academic Publishing: A q-r-Theory“, *Journal of Political Economy* 110, S. 994-1034.
- Ellison, Glenn (2011), „Is Peer-Review in Decline?“, *Economic Inquiry* 49, S. 635-657.
- FAZ (2009), „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 05.05.2009.
- Fernandez, Raquel & Rodrik, Dani (1991), „Resistance to Reform: Status Quo Bias in the Presence of Individual- Specific Uncertainty“, *American Economic Review* 81, S. 1146-1155.
- Franz, Wolfgang (2000), „Wirtschaftspolitische Beratung: Reminiszenzen und Reflexionen“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1, S. 53-71.
- Friedman, Milton (1999), „Conversation with Milton Friedman“, in: B. Snowdon & H. Vane (Hrsg.), *Conversations with Leading Economists: Interpreting Modern Macroeconomists*, Cheltenham: Edward Elgar, S. 122-144.
- Fourcade, Marion, Ollion, Etienne, & Algan, Yann (2015), The Superiority of Economists, *Journal of Economic Perspectives*, 29(1), S. 89-114.
- Fratzscher, Marcel & Wagner, Gert G. (2013), „Realistische Erwartungen und ein Blick über Grenzen tun gut“, *Wirtschaftsdienst* 93, S. 520-522.
- Freeman, Alan (2009), „The Economists of Tomorrow: The Case for a Pluralist Subject Benchmark Statement for Economics“, *International Review of Economics Education* 8 (2), S. 23 - 40.
- Frey, Bruno S. (2000), „Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 1, S. 5-33.
- Graber, Michael, Launov, Andrey & Wälde, Klaus (2008), „Publish or Perish? The Increasing Importance of Publications for Prospective Economics Professors in Austria, Germany and Switzerland“, *German Economic Review* 9, S. 457-472.
- Graf, Rüdiger (2019), *Ökonomisierung: Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte*, Wallstein Verlag.
- Gygli, Savina, Haucap, Justus, Ruffner, Jan, Sturm Jan-Egbert & Südekum, Jens (2017) „Handelsblatt-Ranking 2.0 Wissenschaftlicher, flexibler, transparenter“, <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/handelsblatt-ranking-2-0-wissenschaftlicher-flexibler-transparenter/19962098.html>.
- Handelsblatt (2009), „Baut die deutsche VWL nach internationalen Standards um!“, *Handelsblatt* vom 08.06.2009, Nr. 107, S. 9.
- Häring, Norbert (2010), „Das amerikanische Übergewicht“, *Handelsblatt.com* vom 10.09.2010.
- Haucap, Justus (2009), „Braucht die Volkswirtschaftslehre eine Neuausrichtung?“, *ifo Schnelldienst* 62(15), S. 19-22.

- Haucap, Justus (2016), „Der Ökonom als Freak-Forscher“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.07.2016, S. 20.
- Haucap, Justus & Mödl, Michael (2013a) „Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung: Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 14, S. 346-378.
- Haucap, Justus & Mödl, Michael (2013b), „Entwickeln sich wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Politikberatung auseinander? Warum engagieren sich nicht mehr ökonomische Spitzenforscher in der Politikberatung?“, *Wirtschaftsdienst* 93, S. 507-511.
- Haucap, Justus & Thomas, Tobias (2014), „Wissenschaftliche Politikberatung: Erreicht der Rat von Ökonomen Politik und Öffentlichkeit?“, *Wirtschaftsdienst* 94, S. 180-186.
- Haucap, Justus, Thomas, Tobias & Wagner, Gert G. (2015), „Welchen Einfluss haben Wissenschaftler auf Medien und die Wirtschaftspolitik?“, *Wirtschaftsdienst* 95, S. 68-75.
- Haucap, Justus, Thomas, Tobias & Wagner, Gert G. (2014), „Zu wenig Einfluss des ökonomischen Sachverständigen? Empirische Befunde zum Einfluss von Ökonomen und anderen Wissenschaftlern auf die Wirtschaftspolitik“, *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik* 40, S. 422-436.
- Heckman, James und Moktan, Sidharth (2020), „Publishing and Promotion in Economics: The Tyranny of the Top Five“, *Journal of Economic Literature* 58, S. 419-470.
- Heilemann, Ulrich, Kirchgässner, Gebhard, Schmidt, Christoph M., Thomas, Tobias, van Paridon, Kees & Weigert, Benjamin (2015), „Zeitgespräch: Sachverständigenrat – Wie politikhnah sollte die Beratung sein?“, *Wirtschaftsdienst* 95, S. 159-177.
- Heß, Dorit (2007): „Wie Ökonomen die Politik beraten: Der Rat der Götter“, *Handelsblatt* vom 09.07.2007, S. 9.
- Hirsch, Jorge E. (2005): „An Index to Quantify an Individual's Scientific Research Output“, *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 102, S. 16569-16572.
- Kalaitzidakis, Pantelis; Mamuneas, Theofanis & Stengos, Thanasis (2003), „Rankings of Academic Journals and Institutions in Economics“, *Journal of the European Economic Association* 1, S. 1346-1366.
- Klein, Daniel B. & Chiang, Eric (2004), „The Social Science Citation Index: A Black Box – with an Ideological Bias?“, *Econ Journal Watch* 1(1), S. 134-165.
- Krugman, Paul (2009), „How Did Economists Get It So Wrong?“, *New York Times Online* vom 02.09.2009, online unter: <http://www.nytimes.com/2009/09/06/magazine/06Economic-t.html>.
- Krupp, Hans-Jürgen (2004), „Was kann die (National-)Ökonomie zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik beitragen?“, *Wirtschaftsdienst* 84, S. 84-90.
- Levitt, Steven & Dubner, (2005), *Freakonomics: A Rogue Economist Explores the Hidden Side of Everything*, HarperCollins: New York.
- Lubrano, Michel; Bauwens, Luc; Kirman, Alan; Protopopescu, Camelia (2003), „Ranking Economics Departments in Europe: A Statistical Approach“, *Journal of the European Economic Association*, 1(6), S. 1367-1401.
- Lucas, Robert E. (2009), „In Defence of the Dismal Science“, *The Economist* 392(8643), S. 67.
- Mankiw, Gregory (2007), „Is Steve Levitt Ruining Economics?“, *Greg Mankiw's Blog* vom 27.04.2007, online unter: <http://gregmankiw.blogspot.com/2007/04/is-steve-levitt-ruining-economics.html>.

- Papenfuß, Ulf & Thomas, Tobias (2007), „Eine Lanze für den Sachverständigenrat? Plädoyer für eine differenzierte Analyse wirtschaftswissenschaftlicher Beratungsinstitutionen“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8, S. 335-358.
- Peukert, Helge (2013), „Real World Economics“. *WISU: Das Wirtschaftsstudium*, 42, S. 233-237.
- Pitlik, Hans (2001), „Politikberatung der Öffentlichkeit?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2, S. 61-73.
- Plickert, Philipp (2013), „Gefragt und ignoriert“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13.11.2013.
- Pühringer, Stephan & Bäuerle, Lukas (2019), What Economics Education is Missing: The Real World, *International Journal of Social Economics* 46, S. 977-991
- Rendtel, Ulrich (2019), „Journal-Rankings und Karriere im Fach Statistik an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten“, *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 13, S. 125-142.
- RePEc (2020), „Top 25% Institutions and Economists in Germany“, online unter: <https://ideas.repec.org/top/top.germany.html>.
- Ritzberger, Klaus (2008), „A Ranking of Journals in Economics and Related Fields“, *German Economic Review* 9, S. 402-430.
- Rürup, Bert (2005), „Der Ökonom als Berater“, in: L.F. Neumann & H. Roman (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik in offenen Demokratien: Festschrift für Uwe Jens*, Metropolis: Marburg, S. 75-85.
- Rürup, Bert (2009), „Vom Elend der wissenschaftlichen Politikberatung“, *Sozialer Fortschritt* 58, S. 177-182.
- Sachverständigenrat (2003), *Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1962-2003*, Wiesbaden.
- Schmidt, C. (2009), „Wirtschaftswissenschaft und Politikberatung in Deutschland: Bedeutung, Möglichkeiten und Grenzen der Kausalanalyse“, in: Belke, Ansgar; Kotz, Hans-Helmut; Paul, Stephan & Schmidt, Christoph (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik im Zeichen europäischer Integration: Festschrift für Wim Kösters anlässlich seines 65. Geburtstages*, RWI Schriften, Duncker & Humblot: Berlin, S. 19-36.
- Schneider, Kerstin & Weimann, Joachim (2016), *Den Diebstahl des Wohlstands verhindern. Ökonomische Politikberatung in Deutschland – ein Portrait*, Springer Gabler: Wiesbaden.
- The Economist (2009a), „What Went Wrong with Economics?“, *The Economist* vom 16.07.2009, 392(8640), S. 11-12.
- The Economist (2009b), „The Other-worldly Philosophers“, *The Economist* vom 16.07.2009, 392(8640), S. 65-67.
- Thomas, Tobias (2009), "Die Ökonomik politischer Reformen und die Rolle der Ökonomen - Plädoyer für eine ökonomische Analyse der Politikberatung durch Ökonomen", in: W. Schäfer, A. Schneider & T. Thomas (Hrsg.): *Märkte und Politik: Einsichten aus Perspektive der Politischen Ökonomie*, Metropolis: Marburg, S. 77-96.
- Wagner, Gert G. (2006), „Volkswirtschaftslehre und Politikberatung“, *Wirtschaftsdienst* 86, S. 19-22.

Wallich, Henry C. (1968), "The American Council of Economic Advisers and the German Sachverständigenrat: A Study in the Economics of Advice", *Quarterly Journal of Economics* 82, S. 349-379.

Wiegard, Wolfgang (2011), „(Wann) Ist wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung erfolgreich?“, in: M. Kraul & P.T. Stoll (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politikberatung*, Wallstein Verlag: Göttingen, S. 177-188.

## BISHER ERSCHIENEN

- 106 Haucap, Justus, Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung in Deutschland: Stärken, Schwächen, Optimierungspotenziale, August 2020.
- 105 Frondel, Manuel und Thomas, Tobias, Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050? Klimapolitische Maßnahmen und Energieprognosen für Deutschland, Österreich und die Schweiz, Mai 2020.
- 104 Thomas, Tobias, Zur Rolle der Medien in der Demokratie, April 2020.
- 103 Hüther, Michael und Südekum, Jens, Die Schuldenbremse – eine falsche Fiskalregel am falschen Platz, Oktober 2019.  
Erschienen in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 20 (2020), S. 284-291 unter dem Titel "Contra Schuldenbremse - eine falsche Fiskalregel am falschen Platz".
- 102 Budzinski, Oliver und Haucap, Justus, Kartellrecht und Ökonomik: Institutions matter!, September 2019.  
Erschienen in: J. Haucap und O. Budzinski (Hrsg.), Recht und Ökonomie, Nomos-Verlag: Baden-Baden 2020, S. 331-361.
- 101 Steinbach, Armin und Valta, Matthias, CO<sub>2</sub>-orientierte Bepreisung der Energieträger – Handlungsoptionen, Kompensationsmöglichkeiten und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen, August 2019.
- 100 Schwarzbauer, Wolfgang, Thomas, Tobias und Wagner, Gert.G., Eine Netzwerkanalyse von Ökonomen und Wissenschaftlern anderer Disziplinen auf Basis eines Surveys unter Abgeordneten und Ministerialbeamten, April 2019.  
Erschienen in: Wirtschaftsdienst, 99 (2019), S. 278-285.
- 99 Haucap, Justus und Coenen, Michael, Wettbewerbsökonomische Überlegungen zu den Regelungen zu medizinischen Versorgungszentren im TSVG, Dezember 2018.
- 98 Strohner, Ludwig, Berger, Johannes und Thomas, Tobias, Sekt oder Selters? Ökonomische Folgen der Reformzurückhaltung bei der Beendigung des Solidaritätszuschlags, August 2018.  
Erschienen in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 19 (2019), S. 313-330.
- 97 Neyer, Ulrike, Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, Juni 2018.  
Erschienen in: Credit and Capital Markets (ehemals Kredit und Kapital), 52 (2019), S. 35-68 unter dem Titel „The Independence of the European Central Bank“.
- 96 Haucap, Justus, Big Data aus wettbewerbs- und ordnungspolitischer Perspektive, März 2018.  
Erschienen in: K. Morik, und W. Krämer (Hrsg.), Daten – wem gehören sie, wer speichert sie, wer darf auf sie zugreifen?, Verlag Ferdinand Schöningh: Paderborn 2018, S. 95-142.
- 95 Haucap, Justus, Liberalisierung und Regulierung des Postmarktes: Gestern, heute und morgen, März 2018.  
Erschienen in: B. Holznagel (Hrsg.), 20 Jahre Verantwortung für Netze: Bestandsaufnahme und Perspektiven, Festschrift Bundesnetzagentur, Verlag C.H. Beck: München 2018, S. 319-345.

- 94 Haucap, Justus und Kehder, Christiane, Welchen Ordnungsrahmen braucht die Sharing Economy?, Februar 2018.  
Erschienen in: J. Dörr, N. Goldschmidt & F. Schorkopf (Hrsg.), Share Economy: Institutionelle Grundlagen und gesellschaftspolitische Rahmenbedingen, Mohr Siebeck: Tübingen 2018, S. 39-75.
- 93 Haucap, Justus und Loebert, Ina, Wettbewerbssituation auf dem Markt für Wetterdienstleistungen, Januar 2018.
- 92 Coppik, Jürgen, Auswirkungen einer allgemeinen Diensteanbieterverpflichtung im Mobilfunk, Dezember 2017.
- 91 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich, Kehder, Christiane, Odenkirchen, Johannes und Thorwarth, Susanne, Auswirkungen der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe (MTS-K): Änderungen im Anbieter- und Nachfragerverhalten, August 2017.  
Erschienen in: Wirtschaftsdienst, 97 (2017), S. 721-726.
- 90 Haucap, Justus und Heimeshoff, Ulrich, Ordnungspolitik in der digitalen Welt, Juni 2017.  
Erschienen in: J. Thieme & J. Haucap (Hrsg.), Wirtschaftspolitik im Wandel: Ordnungsdefizite und Lösungsansätze, De Gruyter Oldenbourg: Berlin 2018, S. 79-132.
- 89 Südekum, Jens, Dauth, Wolfgang und Findeisen, Sebastian, Verlierer-(regionen) der Globalisierung in Deutschland: Wer? Warum? Was tun?, Dezember 2016.  
Erschienen in: Wirtschaftsdienst, 97 (2017), S. 24-31.
- 88 Wey, Christian, Verhandlungsmacht und Gewerkschaftswettbewerb, August 2016.  
Erschienen in: Sozialer Fortschritt, 65 (2016), S. 247-253.
- 87 Haucap, Justus, Warum erlahmt die Innovationsdynamik in Deutschland? Was ist zu tun?, Juli 2016.  
Erschienen in: Walter-Raymond-Stiftung (Hrsg.), Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft: Die technologische Zukunftsfähigkeit Deutschlands auf dem Prüfstand, GDA Verlag: Berlin 2016, S. 7-18.
- 86 Haucap, Justus, Loebert Ina, Spindler, Gerald und Thorwarth, Susanne, Ökonomische Auswirkungen einer Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht, Juli 2016.
- 85 Böckers, Veit, Hardorp, Lilian, Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich, Gösler, Niklas und Thorwarth, Susanne, Wettbewerb in der Restmüllereffizienz: Eine empirische Analyse der Anbieterstruktur, Juli 2016.  
Erschienen in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 42 (2016), S. 423-440.
- 84 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich und Lange, Mirjam, Gutachten zum Serious Doubts Letter der Europäischen Kommission zur Vectoring-Entscheidung der Bundesnetzagentur, Juni 2016.
- 83 Hottenrott, Moritz, Thorwarth, Susanne und Wey, Christian, Gegenstandsbereiche der Normung, März 2016.
- 82 Coenen, Michael und Watanabe, Kou, Institutionelle Ergänzungen für die wirtschaftspolitische Beratung, Februar 2016.  
Erschienen in: ZPB Zeitschrift für Politikberatung, 7 (2015), S. 91-99.
- 81 Coenen, Michael, Haucap, Justus und Hottenrott, Moritz, Wettbewerb in der ambulanten onkologischen Versorgung – Analyse und Reformansätze, Januar 2016.

Ältere Ordnungspolitische Perspektiven finden Sie hier:

<https://ideas.repec.org/s/zbw/diceop.html>

**Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf**

**Düsseldorfer Institut für  
Wettbewerbsökonomie (DICE)**

Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf

ISSN 2190-992X (online)  
ISBN 978-3-86304-706 -1